

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

44. Sitzung

am Donnerstag, dem 28. September 2006, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Olaf Schulze (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Entschuldigt fehlende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:**Seite****1. Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008 4**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/910

Fragen der Fraktionen	Umdrucke	Antworten der Landesregierung/ Umdrucke
CDU	16/1188	
SPD	16/1189	16/1215
FDP	16/1187	16/1216
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/1190	16/1214
SSW	16/1191	16/1179
Vorlagen des Finanzministeriums	16/1061 (neu) (Haushaltseckwerte) 16/1173 (Fortschreibung von Haushaltsdaten) 16/1175 (unbesetzte Planstellen und Stellen) 16/1219 (Ausgabereste)	

hier: Einzelpläne 01, 02, 03 (ohne Kultur)

2. Verschiedenes**12**

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/910

Fragen der Fraktionen	Umdrucke	Antworten der Landesregierung/ Umdrucke
CDU	16/1188	
SPD	16/1189	16/1215
FDP	16/1187	16/1216
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/1190	16/1214
SSW	16/1191	16/1179
Vorlagen des Finanzministeriums	16/1061 (neu) (Haushaltseckwerte) 16/1173 (Fortschreibung von Haushaltsdaten) 16/1175 (unbesetzte Planstellen und Stellen) 16/1219 (Ausgabereise)	

Einzelplan 01

hierzu: Umdruck 16/1229 (Schreiben des ULD)

P Kayenburg führt in Einzelplan 01 ein. Der Ältestenrat habe sich in seiner Sitzung am 22. Juni 2006 mit dem Haushaltsvoranschlag 2007/2008 befasst und das Benehmen hergestellt. Zur Vorbereitung der Ältestenratssitzung habe es am 1. Juni 2006 mit den finanzpolitischen Sprechern, dem Vorsitzenden des Finanzausschusses und der Vorsitzenden des SSW wie in den Vorjahren ein Vorgespräch gegeben.

Zunächst wendet sich der Landtagspräsident dem Personalkosteneinsparkonzept zu, dessen Umsetzbarkeit im Vorfeld der Haushaltsaufstellung intensiv diskutiert worden sei. Dazu sei beschlossen worden, dass die Landtagsverwaltung in Anlehnung an das Personalkosteneinsparkonzept der Landesregierung die Personalkostenansätze bis 2010 um 7,5 % reduziere.

Daraufhin habe die Dienststelle eine Projektgruppe für die Umsetzung unter der Leitung von Landtagsdirektor Dr. Schöning eingerichtet. Die Umsetzung des Einsparkonzeptes sei auf der Grundlage eines dreistufigen Verfahrens erfolgt: Erstens sei eine formlose Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik durchgeführt worden, zweitens habe die Projektgruppe Einsparvorschläge geprüft und drittens sei eine Entscheidung über die künftigen Strukturen der Landtagsverwaltung bis zum Ende der Wahlperiode getroffen worden. Ziel der Veränderungen sei es, die Zahl der Abteilungen der Landtagsverwaltung auf zwei Abteilungen zurückzuführen - ein Modell, das auch der Landesrechnungshof damals vorgeschlagen habe.

Die mit den Reduzierungen verbundenen Stelleneinsparungen würden erst in den Haushaltsjahren 2009/2010 im Stellenplan und in den Stellenübersichten „nachgezogen“. Diese Vorgehensweise sei bewusst gewählt worden. Die Umsetzung des Konzeptes und die neue Organisationsstruktur stünden in einem engen Verhältnis.

Die Aufbauorganisation werde bereits ab 1. Juni 2007 in Kraft treten und zunächst bis zu einer erneuten Überarbeitung wegen personeller Veränderungen im Jahr 2009 bis zum 28. Februar 2009 gelten. Sie sehe insbesondere eine Verschlinkung der Leitungsebene vor. Das Organigramm liege allen Abgeordneten vor. Darüber hinaus sei vorgesehen, im Jahr 2007 2,5 % bei den Personalkosten der Beamtinnen und Beamten einzusparen; das ergebe sich aus der eingetretenen Arbeitszeiterhöhung um eine Stunde. Bis 2010 würden insgesamt 446.900 € eingespart.

Die Umsetzung des Personalkosteneinsparkonzeptes führe beim Personalkostenbudget 2007 zu einer Einsparung von 91.600 € beziehungsweise 1,67 % und beim Budget 2008 zu einer Einsparung von 146.600 € beziehungsweise 2,67 % gegenüber dem Personalkostenbudget 2006.

Beim Sachhaushalt bestünden wegen der weitgehenden rechtlichen Gebundenheit der meisten Titel nur wenig Möglichkeiten, Einfluss auf die Ansatzhöhen zu nehmen. Die Einsparbemühungen sollten in den kommenden Jahren dennoch fortgesetzt werden. Der Haushaltsvollzug werde durch Sparen geprägt sein müssen, denn die Mehrwertsteuererhöhung sei nur bei den Bewirtschaftungskosten an die GMSH und an wenigen Stellen bei der Informationstechnik berücksichtigt worden. Das heiße, eine weitere Abflachung der Ansätze sei nur noch im Einzelfall möglich.

P Kayenburg hebt hervor, dass der Landtag in diesem Jahr eine Ausbildungsinitiative begonnen und vier Auszubildende eingestellt habe. Es sei geplant, in den beiden kommenden Jahren jeweils einen weiteren Ausbildungsplatz anzubieten.

Abschließend bittet er darum, in Kapitel 0101 Maßnahmegruppe 02 - Leistungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebenen - die Erläuterungen an die inzwischen veröffentlichten Änderungen des Abgeordnetengesetzes anzupassen. Die finanziellen Auswirkungen der Diätenstrukturreform seien im vorliegenden Haushaltsentwurf bereits berücksichtigt.

Eine Frage von Abg. Astrup beantwortet er dahin, man könne zurzeit nicht erkennen, dass die Veränderungen an irgendeiner Stelle zu schlechteren Dienstleistungen gegenüber den Abgeordneten und Fraktionen führten.

Abg. Astrup - unterstützt von Abg. Kubicki - legt Wert darauf, dass die Fraktionsräume von vertrauenswürdigen Kräften gereinigt würden, die nicht ständig wechselten. Außerdem hält er mögliche Einschränkungen beim Pressespiegel für nicht hinnehmbar.

P Kayenburg stellt klar, dass es beim Pressespiegel um eine Verbesserung des Angebots und Optimierungsmöglichkeiten gehe. In Gesprächen mit der Staatskanzlei müsse die Frage einer angemessenen Kostenzuordnung geklärt und sichergestellt werden, dass keine Doppelarbeit geleistet werde. Auch in Sachen Reinigungsdienst gehe es um eine Optimierung. Die Umsetzung des Vorschlages, dass zukünftig die Firma Spiegelblank die komplette Reinigung des Landeshauses übernehme, würde zu erheblichen Synergieeffekten führen und Kosteneinsparungen zwischen 70.000 und 139.000 € bedeuten. Die Reinigungskräfte der Firma Spiegelblank seien alle sicherheitsüberprüft. Die Fraktionen könnten ihre Privatverträge mit den Reinigungskräften der GMSH fortsetzen. Er schlage vor, dass Fraktionen, Landtagsverwaltung und GMSH in dieser Angelegenheit, die noch nicht entschieden sei und sich im Haushalt nicht niederschlage, noch einmal ein Gespräch führten.

Abg. Heinold äußert, sie gehe davon aus, dass alle wichtigen Entscheidungen wie Reinigungsdienst, Pressespiegel oder Personalsituation des Wissenschaftlichen Dienstes nach wie vor einvernehmlich im Ältestenrat besprochen und geklärt würden.

Zur personellen Situation des Wissenschaftlichen Dienstes weist P Kayenburg darauf hin, bis zum Jahr 2009 sei keine Änderung geplant, danach werde man erneut diskutieren. Nachdem der Wissenschaftliche Dienst in den letzten Jahren stark an der Kommentierung zur Landesverfassung gearbeitet habe und diese fertiggestellt sei, bestehe durchaus die Chance, zusätzliche Kapazität zu erwirtschaften.

Auf eine Frage des Vorsitzenden macht AL Simonsmeier-Schriewer darauf aufmerksam, sie gehe davon aus, dass die Abgeordneten im Laufe des Monats Dezember 2006 von jedem beliebigen Ort einen vereinfachten Zugang ins Parlament nutzen könnten.

Bei Kapitel 0102 - Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz - nimmt P Dr. Altmann zum Schreiben des ULD, Umdruck 16/1229, Stellung. Unter Hinweis auf die jüngsten Prüfungsergebnisse des Landesrechnungshofs vermisst er die Umsetzung des für den Landesbereich geltenden Personalkosteneinsparkonzeptes und erwartet, dass das ULD zumindest die für alle nachgeordneten Behörden geltende Einsparquote von 15 % erbringe, also vier Stellen einspare.

Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang auf das Votum des Finanzausschusses zu Textziffer 34 der diesjährigen Bemerkungen des Landesrechnungshofs hin, Drucksache 16/994. Die Frage der Gebührenerhebung des ULD werde er wieder auf die Tagesordnung setzen, sobald die angeforderte Stellungnahme der IHK vorliege.

P Kayenburg begrüßt die Absicht des Finanzausschusses, über die Frage der Gebührenerhebung durch das ULD weiter zu beraten. Wenn inzwischen sogar internationale Firmen mit Zertifizierungen durch das schleswig-holsteinische Datenschutzzentrum Werbung machten, sollte man auch über die Frage der Gebührenerhebung diskutieren. Abschließend lobt er die Arbeit der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten und des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen.

Einzelplan 02

P Dr. Altmann stellt die wesentlichen Änderungen in Einzelplan 02 für den Doppelhaushalt 2007/2008 vor. Der Landesrechnungshof habe sich unaufgefordert mit den Ressorts solidarisch erklärt und dem Finanzausschuss bereits mitgeteilt, dass er die Vorgaben des Personaleinsparungskonzeptes ebenso einhalten werde wie die Personalkosteneinsparungen für die Mehrarbeit im Bereich der Beamtinnen und Beamten. Dies führe im Ergebnis dazu, dass der Haushaltsentwurf 2007 des Landesrechnungshofs mit einer Einsparung von rund 250.000 € abschließe. Davon entfielen 172.300 € auf Personaleinsparungen.

Für das Jahr 2008 würden weitere 1 % der Personalkosten eingespart; dies entspreche 56.100 € zusätzlich. Im Verhältnis zu 2006 werde der Gesamthaushalt 2008 damit um 180.000 € reduziert. Eine Steigerung im Verhältnis zu 2007 in Höhe von rund 60.000 € ergebe sich durch einen Mehrbedarf in Maßnahmegruppe 05, denn für den Erwerb von IT-Geräten stehe nach den Empfehlungen der ITK alle vier bis fünf Jahre ein Ersatzbedarf an. Dies sei im Jahr 2008 voraussichtlich der Fall, um den Anforderungen von IKOTECH IV gerecht zu werden.

Zu Einzelplan 02 gibt es keine Fragen.

Einzelplan 03

hierzu: Umdruck 16/1218

St Maurus führt in Einzelplan 03 ein. Der Haushalt des Ministerpräsidenten sei durch erhebliche Einsparbemühungen gekennzeichnet. Die Staatskanzlei habe sich - wie alle Ressorts - an den Haushaltsrestriktionen anteilmäßig beteiligt. Im Gesamtergebnis stiegen die Ausgaben allerdings von 58.665.100 € im Jahr 2006 auf 58.754.900 € im Jahr 2007; 2008 sanken die Ausgaben von 58.665.100 € auf 58.519.100 €.

Die Staatskanzlei trage wesentlich zur Steigerung der Investitionen bei. 1,5 Millionen € würden für kulturtouristische Investitionen im Rahmen im Schleswig-Holstein-Fonds veranschlagt. Hier verbänden sich Kultur- und Wirtschaftsförderung beispielhaft. Hierüber werde die Staatskanzlei am 5. Oktober 2006 Näheres berichten.

Der Ministerpräsident trage ohne Einschränkungen auch in seinem Bereich zu den notwendigen Einsparungen bei: Die Ausgaben für Repräsentation gingen gegenüber 2006 um rund 109.000 € zurück, der Ansatz des Verfügungsfonds von 230.000 € auf 120.000 €.

Die Mehrzahl der Ansätze im Sachmittelbereich seien quasi überrollt worden. Bei den Personalausgaben erfülle die Staatskanzlei wie die übrigen Ressorts die Einsparvorgaben, die das Kabinett beschlossen habe. 2007 würden im Vergleich zu 2006 172.800 € eingespart, 2008 kämen noch einmal weitere Einsparungen in Höhe von 148.000 € gegenüber 2007 dazu. Außerdem würden die Einsparungen für die Erhöhung der Arbeitszeit bei den Beamtinnen und Beamten in Höhe von 126.900 € pro Jahr erwirtschaftet.

Für die gesamte Landesverwaltung werde die Staatskanzlei die Entwicklung und Betreuung des Dachportals Schleswig-Holstein übernehmen. Für Personalmaßnahmen, die erforderlich seien, um diese Aufgabe wahrzunehmen, erhalte die Staatskanzlei zusätzliche Mittel in Höhe von jeweils 180.000 € in den Jahren 2007 und 2008. Die Finanzierung erfolge anteilig durch Einsparungen in den Ressorts. Das Personalkostenbudget der Staatskanzlei insgesamt werde von 2006 bis 2010 um circa 1,46 Millionen € sinken, um die Vorgaben des Finanzministeriums einzuhalten.

Beim Ministerpräsidenten - Staatskanzlei inklusive Landesvertretung - würden die Einsparvorgaben von 7,5 % bis zum Jahr 2010 erreicht werden. Zu erreichen sei dies nur durch eine restriktive Wiederbesetzungspraxis und durch die Zusammenfassung von Aufgabenbereichen

in der Staatskanzlei. Weitere Synergieeffekte würden dadurch erzielt, dass Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsabläufe im Rahmen der Aufgabenkritik umgesetzt würden.

Im nachgeordneten Bereich werde es ohne Aufgabenverlagerung nicht möglich sein, 15 % Einsparvorgabe in allen Fällen allein durch die heute absehbaren Personalabgänge zu erreichen. Zu berücksichtigen sei dabei auch, dass in diesen Bereichen zum Teil schon seit dem Jahr 2000 eine sehr restriktive Personalpolitik verfolgt worden sei. In einzelnen Fällen seien schon heute gegenüber den ursprünglichen Stellenplänen dort Einsparungen in der Größenordnung von 15 % realisiert worden. Inwieweit eine weitere Verdichtung von Aufgaben oder Aufgabenverlagerungen möglich sein würden, werde im Zusammenhang mit der Aufgabenkritik weiter geprüft.

Im Jahr 2006 könnten in der Staatskanzlei selbst und im nachgeordneten Bereich durch Bewirtschaftungsmaßnahmen zunächst noch Rücklagen gebildet werden, die aber zukünftig für die Erbringung der restriktiven Einsparvorhaben benötigt würden.

Haushaltsrisiken in Einzelplan 03 sehe er im Moment nicht.

Auf Fragen von Abg. Heinold teilt er mit, man sei zurzeit dabei, Leuchtturmprojekte in der Grenzregion auf den Weg zu bringen, und werde den Finanzausschuss spätestens im November darüber unterrichten.

Die Mittel für die Alphabetisierungskurse stünden in der neuen Förderperiode von 2007 bis 2013 in der bisherigen Höhe zur Verfügung. Die Überlegungen zur Einführung eines „Schleswig-Holstein-Ordens“ seien noch nicht abgeschlossen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden wiederholt St Dr. Wulff die Zusage der Landesregierung, dem Finanzausschuss nach Abschluss der Umzugsmaßnahmen der Ministerien bis Ende des Jahres einen Bericht zu erstatten.

Eine Frage von Abg. Kubicki zu Titel 0301-535 02 - Zukunftsentwicklung des Landes Schleswig-Holstein - beantwortet Staatssekretär Maurus dahin, die Mittel, deren Summe im Gegensatz zu früheren Jahren wesentlich moderater ausfalle, seien vorgesehen, um für Schleswig-Holstein wichtige Themen wie demografischer Wandel, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Gesundheitswirtschaft und Zukunft Meer durch Untersuchungen weiter voranzutreiben.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zur Ermächtigung nach § 12 c des Haushaltsstrukturgesetzes teilt er mit, im Jahr 2006 habe es in der Staatskanzlei keine Abweichungen vom Stellenplan gegeben.

Abg. Heinold spricht sich dafür aus, die Ermächtigung nach § 24 Abs. 3 des Haushaltsstrukturgesetzes an die Zustimmung des Finanzausschusses zu knüpfen.

AL Hoppe legt dar, bisher sei nicht vorgesehen, zusätzliche Stellen auszubringen; vielmehr sollten zur Betreuung und Weiterentwicklung des Landesportals www.schleswig-holstein.de erforderliche Finanzmittel von den Ressorts zur Staatskanzlei umgeschichtet werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Finanzausschuss vereinbart, über von der Landesregierung bisher noch nicht beantwortete Fragen zum Haushalt in der Sitzung am 9. November 2006 zu beraten.

P Dr. Altmann kündigt an, dem Landtag in der 41. Kalenderwoche rechtzeitig vor Beginn der Herbstferien die schriftliche Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Haushaltsentwurf zuzuleiten.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:15 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer